



## RHEIN-ERFT

### **Argumente für den Kampf mit RWE**

Von REGINA BAPPERT, 15.03.08, 07:15h

BERGHEIM - Im Jahre 1994 haben die Landesregierung und der RWE-Konzern ein Abkommen unterschrieben, das von den beteiligten Ministern Günther Einert und Klaus Matthiesen als "größtes ökologisches Investitionsprogramm, das je zwischen einer Regierung und einem Unternehmen vereinbart worden ist" gepriesen wurde. Die Landesregierung stellte RWE damals die Genehmigung für den Tagebau Garzweiler II in Aussicht. Im Gegenzug verpflichtete sich RWE zu einem Kraftwerkserneuerungsprogramm. Damit solle bis zum Jahr 2030 der Kohlendioxid-Ausstoß pro Kilowattstunde Strom der RWE-Braunkohlenkraftwerke um 27 Prozent gesenkt werden.

Die Landesregierung hat ihren Teil des Abkommens eingehalten und 1998 endgültig die Genehmigung für den Tagebau Garzweiler II erteilt. Hat aber auch RWE seine Verpflichtung bisher erfüllt?

Die Bürgerinitiative gegen BoA-Erweiterung in Niederaußem e.V. Big BEN hat die renommierte Kölner Rechtsanwaltskanzlei Lenz und Johlen beauftragt, die Antwort auf diese Frage zu finden. Herausgekommen ist dabei eine kompakte gutachterliche Stellungnahme von etwa 40 Seiten. Ihr Fazit: "In wesentlichen Punkten habe der Konzern die Vereinbarung nicht erfüllt."

Big-BEN-Sprecher Hans-Joachim Gille und die Geologin Ruth Hausmann, ebenfalls Mitglied der Initiative, stellten gestern das Gutachten in einem Pressegespräch vor. Zuvor hatten sie die Fraktionen im Landtag und im Regionalrat über die gewonnenen Erkenntnisse informiert.

Teil der 1994 getroffenen Vereinbarung war ein Diagramm, in dem RWE plastisch darstellte, wie der Kohlendioxid-Ausstoß nach und nach durch Stilllegung von Altanlagen gesenkt werde. Dem nach müsste die CO-Emission inzwischen schon um zwölf Prozent gesunken sein. Das sei aber nicht geschehen, stellt das Gutachten fest. "Dass eine solche Reduzierung zum Jahr 2008 erreicht worden ist, hat RWE, soweit ersichtlich, bislang nicht dargelegt. Jedenfalls für den Zeitraum von 1996 bis 2006 sind keine Reduzierungen von CO-Emissionen erkennbar", schreibt der Gutachter Alexander Beutlin. Im Gegenteil: In diesem Zeitraum sei der Kohlendioxid-Ausstoß der Kraftwerke im rheinischen Revier von 81 auf 83,4 Millionen Tonnen pro Jahr gestiegen.

#### **Bezahlt mit Spenden und Beiträgen**

Der Kohlendioxid-Ausstoß der Braunkohlenkraftwerke ist einer von vielen Themenbereichen, mit denen sich das Gutachten beschäftigt. So stellt es unter anderem auch die Frage, welche Vorstellungen und Planungen es bei RWE gebe zum weiteren Braunkohlenabbau im Revier. Ruth Hausmann: "Die Kohle in den genehmigten, offenen Tagebauen soll bis 2045 reichen. Die Lebenserwartung der Kraftwerke, die jetzt gebaut werden, ist aber wesentlich länger. Woher soll die Kohle für die Kraftwerke kommen?"

Gille und Hausmann sind zuversichtlich, dass sie mit den zusammengetragenen Fakten die zunehmend kritische Haltung der Parteien, die sie im Regionalrat und Landtag gegenüber RWE wahrnehmen, unterstützen können. Gille: "Momentan hätte RWE keine Chance, eine Erweiterung des Niederaußemer Kraftwerkes genehmigt zu bekommen." Der Konzern hatte allerdings auch im November angekündigt, seine Ausbaupläne für Niederaußem zunächst zurückzustellen.

Das Gutachten zum Kraftwerkserneuerungsprogramm soll ab nächste Woche auf der Homepage von Big BEN für jedermann zugänglich sein. Hans-Joachim Gille wies darauf hin, dass die nicht unerheblichen Kosten für die Untersuchung aus Beiträgen der Mitglieder der Bürgerinitiative und Spenden finanziert worden seien.

[www.bi-bigben.de](http://www.bi-bigben.de)

Quelle: <http://koelnische-rundschau.de/html/artikel/1205081000608.shtml>



## Rhein-Erft

### **Gutachten von Big BEN wird Thema**

Erstellt 28.03.08, 07:15h

BERGHEIM - Die SPD-Fraktion im Bergheimer Stadtrat hat beantragt, im Ausschuss für Planung und Umwelt des Rates über das von der Bürgerinitiative Big BEN vorgelegte Gutachten zum RWE-Kraftwerkserneuerungsprogramm zu beraten. RWE Power habe in der Vergangenheit mehrfach vor den Mitgliedern des Stadtrates und seiner Ausschüsse Gelegenheit gehabt, Ratsmitglieder und Öffentlichkeit über die Planungen des Konzerns im Rahmen des Programms zu informieren, begründet der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kurt Wilhelm Büchel den Antrag der SPD.

“Die Bürgerinitiative Big BEN, die in wichtigen Aspekten eine andere Meinung vertritt als RWE Power, kam dagegen in den Ausschüssen kaum zu Wort.“

Big BEN habe nun ein Gutachten erarbeiten lassen, das unter anderem aufzeige, wie Büchel erläutert, “dass große Teile der Bergheimer Bevölkerung durch einen gesteigerten Schadstoffausstoß in der jüngeren Vergangenheit gesundheitlich stärker belastet wurden als RWE immer verkündet hat.“

Deshalb sei eine Beschäftigung mit dem Gutachten der Initiative im zuständigen Fachausschuss dringend erforderlich, argumentiert der Sozialdemokrat.

Büchel weist darauf hin, dass das Gutachten auf der Homepage von Big BEN sowie auf der Internetseite “[www.glessen-aktuell.de](http://www.glessen-aktuell.de)“ als pdf-Datei abrufbar zur Verfügung stehe. (bap)

[www.bi-bigben.de](http://www.bi-bigben.de)

Quelle: <http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1205081003067.shtml>

## ***"Für Niederaußem bleibt nur der Dreck"***

Kölner Stadt-Anzeiger, gedruckte Ausgabe  
Sa./So. 15./16.03.2008

### **Bürgerinitiative Big BEN legt Gutachten vor**

#### **RWE Power wird aufgefordert, Verträge aus den 90er Jahren zum Kraftwerkserneuerungsprogramm einzuhalten**

BERGHEIM / NIEDERAUSSEM - "Die verbrannte Kohlenmenge in Niederaußem muss runter", fordert Hans-Joachim Gille von der Niederaußemer Bürgerinitiative gegen BoA-Erweiterung, kurz Big BEN. Gille geht davon aus, dass es für RWE Power ganz bald Gegenwind aus Richtung des Kölner Regionalrats, aber auch der Düsseldorfer Landesregierung geben dürfte. Denn Big BEN legte jetzt ein Gutachten des Kölner Anwaltsbüros "Lenz und Johlen" vor. Sie sind Experten für Verwaltungsrecht. Thema: "RWE / Landesregierung - Kraftwerkserneuerungsprogramm".

Dezidiert geht das Gutachten den Vertragsvereinbarungen aus dem Jahr 1994 auf den Grund. Damals unterzeichneten die Minister Günter Einert und Klaus Matthiesen. Kernpunkt ist der Passus, dass die Co-Emission "bei ab 1997 konstanter Stromerzeugung aus Braunkohle bis zum Jahr 2030 bezogen auf 1991 um 27 Prozent" gesenkt werden soll. Tatsächlich, rechnet Big BEN vor, habe sich der CO-Ausstoß aber allein seit 2004 um rund 27 Prozent erhöht. Vehement wehrt sich die Initiative gegen die Erweiterungspläne. Während Deutschland kräftig Strom exportiere, erklärt Gille, bleibe "für Niederaußem nur der Dreck".

Und der dürfte nach Ansicht des Big BEN-Mitglieds Dr. Ruth Hausmann aus Büsdorf noch tüchtig zunehmen - gegen die vertraglichen Vereinbarungen. Die Geologin zieht einen Vergleich zum Vertrag zwischen NRW und Nokia. "Anschließend hat auch keiner mehr kontrolliert, ob die Auflagen eingehalten wurden." Dringend müsse die Landesregierung das Kraftwerkserneuerungsprogramm auf das vereinbarte Acht-Punkte-Programm hin überprüfen. Das sei bislang in wesentlichen Aspekten unterblieben.

Big BEN verweist auf die damals vereinbarte Ressourcenschonung. Die Bergheimer Region dürfte nach Ansicht der Geologin aber schon Mitte des Jahrhunderts ausgekohlt sein. Auch der Vereinbarung "Zug um Zug die vorhandenen Braunkohlekraftwerksblöcke durch Anlagen mit jeweils bester zur Verfügung stehender Technologie zu ersetzen" handle RWE Power zuwider. Alte Blöcke würden aufgerüstet. RWE Power war am Freitag zu keiner Stellungnahme bereit. Erst müsse man das Gutachten studieren, erklärte ein Sprecher.